

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

öffentlicher Teil

141. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Dezember 2004, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende  
Holger Astrup (SPD)  
Wolfgang Fuß (SPD)  
Renate Gröpel (SPD)  
Günter Neugebauer (SPD)  
Hans-Jörn Arp (CDU)  
Klaus Klinckhamer (CDU)  
Berndt Steincke (CDU)  
Rainer Wiegard (CDU)  
Dr. Heiner Garg (FDP)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Birgit Herdejürgen (SPD)  
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)  
Joachim Behm (FDP)  
Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Unterbringung des neuen Landespolizeiamtes in Kiel</b>	<b>5</b>
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/5214	
<b>2. Entwicklung der Spielbanken</b>	<b>6</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/5226	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3594	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 15/5208	
<b>4. a) Zukunft der Provinzial Nord Versicherungsgruppe mit Sitz in Kiel</b>	<b>9</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3460	
<b>b) Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein von 1995</b>	
Vorlagen des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Umdrucke 15/5194 und 15/5233	
<b>5. Zustimmung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bei Titel 0602.72.633 72 - An Gemeinden und Gemeindeverbände für nicht investive Maßnahmen</b>	<b>10</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/5162	
<b>6. Einwilligung des Finanzausschusses zu den im Zusammenhang mit der Errichtung des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein erforderlichen Änderungen im Einzelplan 06 und im Kapitel 1206 nach § 19 Abs. 13 des Haushaltsgesetzes 2004/2005</b>	<b>11</b>
Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Umdruck 15/5034	

- 
- |  |           |
|--|-----------|
| <b>7. Zustimmung des Finanzausschusses zur Bereitstellung von Landeskomplementärmitteln für die Tranche 2004 der befristeten Schutzmaßnahmen für den Schiffbau (Wettbewerbshilfen)</b> | <b>12</b> |
| Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr<br>Umdruck 15/5211   |           |
| <b>8. Bericht des Finanzministers zur Vereinfachung der</b>  | <b>13</b> |
| <b>a) Kfz-Steuer</b>   |           |
| Umdruck 15/5225  |           |
| <b>b) Steuererklärung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>   |           |
| <b>9. Ostsee-Jugendstiftung</b>  | <b>14</b> |
| Vorlage des Landtagspräsidenten<br>Umdruck 15/5236   |           |
| <b>10. Bemerkungen 2004 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein zur Prüfung „Auswahl des SAP-Verfahrens in vom Land getragenen Einrichtungen und Gesellschaften“</b>                | <b>16</b> |
| Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur<br>Umdruck 15/5193  |           |
| <b>11. Information/Kennntnisnahme</b>  | <b>17</b> |
| <b>11. Verschiedenes</b>   | <b>18</b> |
- Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte werden nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 2 GeschO behandelt.**

**(siehe nicht öffentlichen und vertraulichen Teil der Sitzung)**
- |  |           |
|--|-----------|
| <b>12. Ertüchtigung der Bahnstrecke Kiel-Lübeck<br/>hier: Ergänzungsvereinbarung zur Fortführung der Planung</b> | <b>22</b> |
| Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr<br>vertraulicher Umdruck 15/5234                     |           |
| <b>13. Trassensicherungsvertrag für die Erlebnisbahn Ratzeburg GmbH auf der Bahnstrecke Ratzeburg-Hollenbek</b>  | <b>23</b> |
| Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr<br>vertraulicher Umdruck 15/5235                     |           |

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Unterbringung des neuen Landespolizeiamtes in Kiel**

Vorlage des Innenministeriums  
Umdruck 15/5214

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg teilt AL Dr. Lutz mit, die Deckung der erhöhten Miete erfolge durch Abmietung des Gebäudes Knooper Weg 45 und Einsparung von zwei Stellen im nicht operativen Bereich. - Abg. Dr. Garg äußert, er habe Bedenken gegen diesen Finanzierungsvorschlag.

Auf eine Frage von P Dr. Altmann erwidert AL Dr. Lutz, der Ankauf und die Modernisierung des GIESE-Gebäudes seien geprüft und nach einer vergleichenden Kostenuntersuchung verworfen worden.

Mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP stimmt der Finanzausschuss den beantragten Änderungen des Mietvertrages über das Polizeizentrum Kiel-Eichhof, Umdruck 15/5214, zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Entwicklung der Spielbanken**

(Fortsetzung der Beratung vom 18. November 2004)

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 15/5226

Abg. Arp wiederholt unter Hinweis auf die wirtschaftliche Situation der Spielbanken, insbesondere in Westerland und Travemünde, sein Petikum, Änderungen bei der Troncabgabe und Spielbankabgabe herbeizuführen, und vermisst entsprechende Vorschläge der Landesregierung.

Abg. Fuß macht darauf aufmerksam, dass sich auch die Einkommenssituation anderer Berufsgruppen in letzter Zeit verändert habe, und hält es für geboten, dass sich der Staat aus dem Tarifgeschäft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern heraushalte.

Nach Auffassung von Abg. Dr. Garg ist es legitim, über eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen zur Abgabenerhebung nachzudenken, um letztlich auch Einnahmen des Landes zu sichern. Er weist darauf hin, dass eine Senkung der Troncabgabe allerdings keine unmittelbare Auswirkung auf die Höhe der Einkommen der Beschäftigten habe.

Auch Abg. Heinold stellt fest, dass eine Absenkung der Troncabgabe zurzeit zu keiner Verbesserung der Einkommenssituation der Beschäftigten führe. Es sei bedenklich, dass die CDU zunehmend allen Menschen alles verspreche, im Landtag allerdings keinen eigenen Antrag zur Absenkung der Spielbank- oder Troncabgabe, geschweige denn zur Gegenfinanzierung, stelle.

Die Abgeordneten Wiegard und Arp kündigen an, die CDU werde einen Antrag zur Troncabgabe in den Landtag einbringen, um die Einnahmesituation der Spielbanken und damit auch des Landes zu verbessern.

Abg. Spoorendonk unterstützt die Landesregierung in ihrer Haltung, die Troncabgabe nicht zu senken oder abzuschaffen, und weist auf Konsequenzen für die zweckgebundenen Ausgaben hin.

Abg. Astrup vermisst einen Landtagsantrag der CDU zur Senkung der Spielbank- oder Troncabgabe und einen entsprechenden Deckungsvorschlag.

Abg. Neugebauer macht darauf aufmerksam, dass für eine Abschaffung der Troncabgabe, die in Westerland schon auf 1 % abgesenkt worden sei, eine Gesetzesänderung erforderlich sei.

AL Dr. Lutz macht darauf aufmerksam, dass nach geltender Rechtslage eine Troncabgabe von mindestens 1 % erhoben werden müsse. Nachdem zur Garantie des Einkommensfixums die HSH Nordbank 760.000 € habe aufwenden müssen und solange das Tronc-Aufkommen dieses Fixum nicht übersteige, hätte die Aussetzung oder Absenkung der Troncabgabe auf die Einkommenssituation der Beschäftigten keine Auswirkung. Auf der anderen Seite führe eine Minimierung der Troncabgabe dazu, dass die Förderung gemeinnütziger Zwecke, insbesondere im sozialen Bereich, zurückgehe. Die Belastung der Spielbanken durch Abgaben sei in allen Bundesländern annähernd gleich; der Änderung in Niedersachsen werde man nachgehen.

Abg. Heinold lehnt eine Absenkung der Troncabgabe ab, weil sie den Beschäftigten nicht zugute komme, sondern nur die HSH Nordbank auf Kosten gemeinnütziger Projekte entlaste. Sie möchte wissen, wie sich die Summe von 760.000 € auf die einzelnen Spielbanken verteile.

M Dr. Stegner stellt abschließend klar, dass eine Senkung der Spielbankabgabe für die Landesregierung nicht infrage komme.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/3594

(überwiesen am 25. August 2004 an den Finanzausschuss, den Innen- und  
Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4944, 15/4954, 15/4955, 15/4979, 15/4988, 15/4995,  
15/5023, 15/5025, 15/5037, 15/5042, 15/5061, 15/5074

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 15/5208

VP Qualen bedauert, dass die Anregungen des Landesrechnungshofs, Umdruck 15/4988, nicht berücksichtigt worden seien.

M Dr. Stegner vertritt die Auffassung, dass den Hinweisen des Landesrechnungshofs in den Formulierungen des Landes- und Bundesbesoldungsgesetzes hinreichend Rechnung getragen werde. Er legt Wert darauf, dass sich durch das Gesetz ergebende Ausgabeveränderungen im Rahmen der feststehenden Hochschulbudgets zu bewegen hätten und die Hochschulbudgets nicht ausgeweitet würden.

Abg. Wiegard kündigt an, die CDU-Fraktion werde einen Änderungsantrag zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs in den Landtag einbringen.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf mit den von den Koalitionsfraktionen mit Umdruck 15/5208 beantragten Änderungen anzunehmen.

Auf Antrag von Abg. Heinold beschließt der Finanzausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - ohne Beteiligung von CDU und FDP an der Abstimmung -, dass die Umsetzung des Gesetzes kostenneutral zu erfolgen hat und die Hochschulbudgets nicht ausgeweitet werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**a) Zukunft der Provinzial Nord Versicherungsgruppe mit Sitz in Kiel**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3460

(überwiesen am 28. Mai 2004 an den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdruck 15/5031

Ebenso wie der Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag einstimmig, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

**b) Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein von 1995**

Vorlagen des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Umdruck 15/5194 und 15/5233

Auf eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch teilt Dr. Engel mit, das Gutachten von Professor Lutter habe 60.000 und das Gutachten von Professor Casper 10.000 € gekostet.

Der Finanzausschuss kommt überein, sich mit dem Antrag der Landesregierung zur Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Land und dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein für 1995, Drucksache 15/3797, der im Landtag voraussichtlich am 15. Dezember 2004 in erster Lesung behandelt werden wird, gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss am 17. Dezember 2004, 9 Uhr, zu befassen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Zustimmung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bei Titel 0602.72.633 72 - An Gemeinden und Gemeindeverbände für nicht investive Maßnahmen**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 15/5162

P Dr. Altmann macht haushaltsrechtliche Bedenken gegen die Vorlage geltend (Frage der Unabweisbarkeit der Haushaltsmittel).

Auf Antrag von Abg. Heinold bittet der Finanzausschuss die Landesregierung, bis zur nächsten Sitzung einen mit dem Rechnungshof abgestimmten Antrag vorzulegen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Einwilligung des Finanzausschusses zu den im Zusammenhang mit der Errichtung des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein erforderlichen Änderungen im Einzelplan 06 und im Kapitel 1206 nach § 19 Abs. 13 des Haushaltsgesetzes 2004/2005**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Umdruck 15/5034

Nach der gestrigen Beratung im Wirtschaftsausschuss erklärt St Rocca für die Landesregierung, die Eckwerte der Zielvereinbarung mit dem Landesbetrieb würden jeweils vor Eintritt in die Verhandlungen im Wirtschaftsausschuss durch das Wirtschaftsministerium vorgestellt. Nach Errichtung des Landesbetriebes enthalte die zukünftige Haushaltsdarstellung alle bisherigen Angaben zum Betriebszuschuss, zum Investitionszuschuss, zum Stellenplan, zur Verwendung der Mittel für den Um- und Ausbau von Landesstraßen einschließlich Radwegemaßnahmen als Anlage II sowie den Wirtschaftsplan als Anlage zum Kapitel 0604, damit das Parlament auch weiterhin sein Budgetrecht über den Landesbetrieb wahrnehmen könne.

Mit dieser Erklärung erteilt der Finanzausschuss der Vorlage mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP seine Zustimmung.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Zustimmung des Finanzausschusses zur Bereitstellung von Landeskomplementärmitteln für die Tranche 2004 der befristeten Schutzmaßnahmen für den Schiffbau (Wettbewerbshilfen)**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Umdruck 15/5211

M Dr. Stegner legt Wert auf die Feststellung, dass die Landesregierung keine neue Werftenpolitik beginne, sondern die in Rede stehende Maßnahme ausschließlich der Beschäftigungssicherung und im Zusammenhang mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Bekämpfung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts diene.

Einstimmig erteilt der Ausschuss der Vorlage seine Zustimmung.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Bericht des Finanzministers zur Vereinfachung der**

#### **a) Kfz-Steuer**

(Umdruck 15/5225)

#### **b) Steuererklärung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

M Dr. Stegner berichtet, für das Projekt der vereinfachten Steuererklärung habe Schleswig-Holstein auf der letzten Finanzministerkonferenz im November eine breite Zustimmung gefunden. Von der Einführung der so genannten vereinfachten Steuererklärung würden in Schleswig-Holstein rund 400.000 Steuerbürger profitieren. Außerdem bestehe die Möglichkeit, die Steuererklärung auf elektronischem Weg abzugeben.

Abg. Wiegard stellt fest, dass das einvernehmliche Ziel, die Kraftfahrzeugsteuer abzuschaffen und damit unsinnigen Verwaltungsaufwand abzubauen, durch den vorgesehenen Steuertausch mit dem Bund nicht erreicht werde. Eine Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer stoße auf Probleme, die unter Punkt 2 der Vorlage angesprochen seien.

M Dr. Stegner äußert sich erfreut darüber, dass die Forderung der Vereinfachung der Kraftfahrzeugsteuer aus dem Steuerkonzept der Landesregierung verwirklicht werde. Zum Zeitpunkt des Steuertauschs müsse den Ländern garantiert werden, dass sie die Einnahmen zur Verfügung hätten und die Verwaltungseinsparung bei den Ländern eintrete. Die Länder gingen davon aus, dass der Bund in einem zweiten Schritt die Kfz-Steuer nicht dauerhaft als Bundessteuer weiterführe, sondern abschaffe und darlege, in welcher Form, zum Beispiel durch ein Umlegen auf die Mineralölsteuer. Steuervordrucke - damit greift er eine Frage von Abg. Spoorendonk auf - würden künftig aus Kostengründen nicht mehr flächendeckend verschickt.

Abg. Wiegard erklärt, die CDU unterstütze die vereinfachte Steuererklärung. Vordrucke für die Steuererklärung sollten aus Kostengründen nicht mehr versendet, sondern in öffentlichen Einrichtungen dezentral vorgehalten werden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Ostsee-Jugendstiftung**

Vorlage des Landtagspräsidenten  
Umdruck 15/5236

Abg. Neugebauer legt Wert darauf, in der Satzung zu verankern, dass auch für die Ostsee-Jugendstiftung das Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs und die Anlagerichtlinie des Finanzministeriums gelte.

Die Vorsitzende möchte, dass im Kuratorium ein Mitglied des Landtages vertreten sei und bei Auflösung der Stiftung das Stiftungsvermögen nicht allein an den Landesjugendring falle.

P Dr. Altmann bezweifelt, dass es in nennenswertem Umfang zu weiteren Zustiftungen kommen und das Stiftungskapital ausreichen werde, um das zu unterstützende Ziel, die Jugendbildungsarbeit in den Anrainerstaaten der Ostsee zu fördern, zu erreichen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses unterstützen die Gründung der Ostsee-Jugendstiftung, erwarten, dass die in Aussicht gestellten Zustiftungen von anderer Seite - insbesondere vonseiten des Deutschen Bundestages - erfolgen, und wollen sich mit der Entwicklung der Stiftung spätestens in zwei Jahren weiter beschäftigen.

Landtagsdirektor Dr. Schöning gibt bekannt, dass Bundestagspräsident Thierse mit Schreiben vom 8. November 2004 mitgeteilt habe, dass die Ostsee-Jugendstiftung aus dem Haushalt des Deutschen Bundestages nicht unterstützt werde. Von Abg. Spoorendonk wird sein Vorschlag unterstützt, den Deutschen Bundestag in Form einer fraktionsübergreifenden Entschließung zu bitten, die Ostsee-Jugendstiftung, die selbstredend auch der Förderung parlamentarischer Zwecke des Bundestages diene, finanziell zu unterstützen. Stattdessen bittet der Finanzausschuss die Vorsitzende, den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages mit der Bitte um finanzielle Unterstützung anzuschreiben.

Einstimmig erteilt der Ausschuss die erbetene Einwilligung zur Freigabe der im Landeshaushalt veranschlagten 25.000 € unter der Maßgabe, dass die Satzung der Ostsee-Jugendstiftung um folgende Punkte ergänzt wird: Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs, Geltung der Anlagerichtlinie des Finanzministeriums, Vertretung des Landtages im Kuratorium, bei Auflösung der Stiftung oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks darf das Stiftungsvermögen ausschließlich für die Förderung der Jugendarbeit im Ostseeraum verwendet werden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Bemerkungen 2004 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein zur Prüfung „Auswahl des SAP-Verfahrens in vom Land getragenen Einrichtungen und Gesellschaften“**

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Umdruck 15/5193

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss zu, dem Wunsch des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein nachzukommen und den Beginn der Evaluationsphase auf den 1. Januar 2005 festzulegen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 15/5151 - Jagdabgabe

Umdruck 15/5161 - Steueraufkommen

Umdruck 15/5192 - KLR Staatskanzlei

Umdruck 15/5195 - Ressortetatisierung für Statistiken

Umdruck 15/5212 - Beitritt zur SAPOS-Betreibergemeinschaft

Umdruck 15/5213 - Ansatzunterschreitungen

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Neugebauer bittet die Landesregierung, der von Abg. Arp in der Presse veröffentlichten Behauptung nachzugehen, die Hälfte der Beschäftigten der Kataster- und Vermessungsämter beschäftige sich nur mit sich selbst.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt den öffentlichen und eröffnet den nicht öffentlichen und vertraulichen Teil der Sitzung um 13:00 Uhr (siehe Niederschrift nicht öffentlicher und vertraulicher Teil der Sitzung).

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer